

## Fußball

# Eintracht-Ultras erneut mit unerträglichen Gewaltexzessen

„Eintracht-Ultras fallen erneut wegen Gewaltstraftaten gegen Polizei und Ordnungskräfte auf. Der Fußballverein Eintracht Frankfurt muss endlich mit konsequenten Stadionverboten gegen die Gewalttäter vorgehen und die Machtstruktur der Ultras in Frankfurt auf ein normales Maß zurückfahren.“

Wieder einmal macht der selbsternannte „Randalemeister Frankfurt“ seinem Namen unrühmliche Ehre und schadet den echten Fußballfans der Eintracht. 50 verletzte Polizisten – vier davon in der Klinik – sind nicht mehr hinnehmbar. Auch Ordnungskräfte und Rettungskräfte wurden wieder einmal angegriffen.

Die Polizeikräfte kamen Ordnungskräften zu Hilfe, die einem „Fan“ mit falscher Blockkarte den Eintritt in den Block verwehren wollte. In jedem Stadion besteht die Gefahr der Überfüllung der Stehplatz-Fanblocks, wenn Fans mit anderen Karten in den einen Block gehen. Deshalb ist es üblich, die Karten zu kontrollieren. In Frankfurt wird das von Ordnungskräften getan, in anderen Stadien wird dies mit zusätzlichen elektronischen Sperren vor dem Block durchgeführt (Beispiel Allianz-Arena München).



> Björn Werminghaus

Die Ultras Frankfurt nehmen sich das Recht heraus, dagegen mit Gewalt vorzugehen. Es zeigt, dass Eintracht Frankfurt schon lange die Oberhand über das eigene Stadion verloren hat. Immer wieder fallen die Ultras mit Gewaltaktionen gegenüber Ordnungs- und Polizeikräften auf. Sie halten sich nicht an Vorgaben der Berufsfeuerwehr Frankfurt in Bezug auf die Choreografie, stecken am Gleisdreieck Reifen an, die Feuerwehr traut sich nur noch mit Polizeischutz dort hin.

Beim Spiel gegen Stuttgart war dies ein erneuter Gewaltexzess

gegen Polizeikräfte, der nicht mehr hinnehmbar ist.

Die sogenannte Fanszene reagiert sofort mit Gegenargumenten, die Polizei reagiere mit übermäßiger Gewalt und Tränengas. Damit wird versucht, in der Öffentlichkeit Gewaltstraftaten zu verharmlosen. Es muss endlich aufhören, Aktionen gegenzurechnen. Es wird immer wieder vermittelt, dass Gewalttäter und Polizei auf einer Ebene – ähnlich eines Wettkampfes – stehen. Das ist falsch!!! Legitime Gewalt geht nur vom Staate aus und zwar in Form von unmittelbarem Zwang. Dazu gehören auch

Schlagstock und Reizstoff (Pfefferspray), wenn es denn angemessen und verhältnismäßig ist.

Es kann nicht sein, dass innerhalb des Stadions mit Duldung der Vereinsführung eine Art autonome Ultraszene das Sagen hat. Deshalb fordern wir als DPoIG Hessen von Eintracht Frankfurt:

- > Konsequente Durchsetzung von Stadionverboten gegen Gewalttäter und die Rädelführer (selbsternannte CAPOs)
- > Wegnahme der Räumlichkeiten im Stadion, die den Ultras zur Verfügung gestellt werden
- > Konsequente Entfernung von Banner/Fahnen, die Gewalt verherrlichen (in der Vergangenheit wehte immer eine Fahne ähnlich einer DFL/Bundesliga-Fahne, abgeändert mit einem Ultra-Hooligan, der auf Polizisten einschlägt, und den Buchstaben ACAB)

Gleichzeitig sehen wir uns als DPoIG mit der Forderung bestätigt, bei Hochrisikospielen die Polizeikosten auf die Veranstalter zu übertragen. In Frankfurt ist scheinbar jedes Spiel ein Hochrisikospiel.

Hessen muss die Polizeikosten in Frankfurt der DFL wie in Bremen in Rechnung stellen. Es führt kein Weg mehr daran vorbei!

Die DPoIG Hessen wünscht allen verletzten Kollegen, Rettungskräften und gewaltfreien Fans gute Genesung.

*Björn Werminghaus,  
Landesvorsitzender*

## Impressum:

Redaktion:  
Markus Schaaf (V. i. S. d. P.)  
DPoIG-Landesgeschäftsstelle:  
Rheinstr. 99  
65185 Wiesbaden  
Tel. 0611.97454404  
Fax 0611.97454406  
E-Mail: [schaaf@dpolg-hessen.de](mailto:schaaf@dpolg-hessen.de)  
ISSN 0723-1830

Namentlich, als Kommentar oder anders gekennzeichnete Veröffentlichungen spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und der DPoIG Hessen wider.



> Miguel Thomas (DPoIG), Peter Beuth (Innenminister), Robert Schäfer (LPP), Alexander Glunz (DPoIG) (von links)

## Bereitschaftspolizei Polizeipräsidium Einsatz

Ein neuer Name macht zwar noch keine bessere Organisation, aber hinter dem Namen Polizeipräsidium Einsatz steht mehr. Eine neue Organisationsstruktur, eine eigene Zuständigkeit bei überregionalen Einsatzlagen, die Zugehörigkeit der Spezialkräfte wie SEK, MEK, Personenschutz und eine Koordinierungsstelle Einsatzkräfte sind Teil des neuen Präsidiums.

Mit einem Festakt in der Direktion Lich (ehemals II. Bereitschaftspolizeiabteilung) fand im Beisein des Innenministers Peter Beuth (CDU), des LPP Robert Schäfer, des Präsidenten des neuen Präsidiums, Malte Neutzler, seiner Vertreterin Katrin Rahn und vielen weiteren Gästen die Einführung des Hessischen Polizeipräsidiums Einsatz (HPE) statt.

Für die DPoIG Hessen waren Miguel Thomas als beauftragtes Vorstandsmitglied für die Bereitschaftspolizei und Lan-

desgeschäftsführer Alexander Glunz vertreten.

In seiner Antrittsrede sprach Präsident Malte Neutzler davon, dass die Polizei sich in ständiger Veränderung befindet, nicht nur in Ausrüstung und Personal, sondern auch in Organisation und Struktur. Als man vor zwei Jahren die Entscheidung traf, das Einsatzpräsidium einzurichten, war von den heutigen Krisen in der Welt noch nichts zu spüren. Dieses zeigt, dass eine neu aufgestellte Bereitschaftspolizei flexibel sein muss, um den

aktuellen Anforderungen gewachsen zu sein.

Bei dem Festakt, welcher vom Landespolizei Orchester Hessen begleitet wurde, gab der Innenminister Peter Beuth zu verstehen, dass die Erfahrungen der Vergangenheit in das neue Präsidium eingeflossen seien und er die Polizei gut aufgestellt sieht.

Miguel Thomas, der als Beauftragter der DPoIG Hessen für die Bereitschaftspolizei den Prozess der Schaffung des neuen Präsidiums mitverfolgt hat, freut sich über

die Stärkung der Bereitschaftspolizei von einer Reserve zu einer aktiven, hochmotivierten Truppe. „Ich freue mich darüber, dass durch das neue Präsidium Einsatz das Bild der in Teilen negativ behafteten ‚BePo‘ durch das professionelle, motivierte und vielseitige Präsidium Einsatz gestärkt wird“, sagte Thomas, der selbst bei der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit in Lich seinen Dienst versieht und Probleme und Stärken der Organisation genau kennt.

Die DPoIG hat schon länger eine Stärkung der Bereitschaftspolizei gefordert und hofft, dass mit der Namensänderung auch die notwendige Wertschätzung einhergeht.

*Alexander Glunz und Miguel Thomas*

## DPoIG Südhessen, Fachverband Kommunal- und Stadtpolizei

# Bodycam bei der Stadtpolizei

Ist die Bodycam ein gutes Einsatzmittel auch bei der Stadtpolizei? Daniel Fischer vom Fachverband Kommunal- und Stadtpolizei der DPoIG Südhessen beleuchtet diese Frage.

### ► **Erfolgsmodell Bodycam: Sicherheit in allen Einsatzbereichen – Unverzichtbares Einsatzmittel**

Die Bodycam hat sich in den letzten Jahren als ein unverzichtbares Hilfsmittel im Einsatz der Polizei etabliert. Die kleinen, an der Uniform befestigten Kameras dienen nicht nur der Beweissicherung, sondern tragen auch zur Deeskalation von Konflikten bei. Während die Landespolizei be-

reits erste Erfolge mit der Einführung der Bodycam verzeichnen kann, gibt es im Bereich der kommunalen Ordnungsbehörden noch Nachholbedarf.

### ► **Sachstand bei den Kommunen**

In Hessen sind die kommunalen Ordnungsbehörden trotz ihrer wichtigen Aufgaben im Bereich der inneren Sicherheit noch nicht flächendeckend mit Bodycams ausgestattet. Die Gründe

hierfür liegen vor allem in der fehlenden gesetzlichen Grundlage im Hessischen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (HSOG). Während für die Landespolizei bereits Regelungen zur Nutzung von Bodycams existieren, fehlt es dem HSOG an entsprechenden Bestimmungen für die Städte und Gemeinden.

### ► **Dringend erforderlich**

Doch gerade für die Kommunen ist die Einführung der

Bodycam dringend erforderlich. Das Aufgabenfeld der Ordnungsbehörden überschneidet sich in vielerlei Hinsicht mit dem der Landespolizei. Ob Verkehrskontrollen, Streifen- oder Präsenzdienste – auch die Mitarbeiter der Ordnungsämter sind immer wieder mit aggressiven oder gewaltbereiten Personen konfrontiert, die in solchen Situationen ihre Rechte infrage stellen oder das Vorgehen der Beamten anzweifeln. Die Bodycam kann in diesen Situationen als objektiver Zeuge dienen und dazu beitragen, mögliche Vorwürfe gegen die Beamtinnen und Beamten zu entkräften.

### ► **Zwei Fliegen mit einer Klappe**

Neben der Beweissicherung spielt auch der Aspekt der Deeskalation eine entscheidende Rolle. Studien haben gezeigt, dass allein die Sichtbarkeit der Kamera zu einem zurückhaltenden Verhalten führt und somit das Gewaltpotenzial reduziert. Der bloße Präsenz einer Bodycam kann potenzielle Gewalttäter bereits abschrecken und zu einer Deeskalation beitragen. So kann die Einführung der Bodycam bei den Kommunen nicht nur die Sicherheit der Bevölkerung erhöhen, sondern auch den Beamten eine zusätzliche Schutzmaßnahme bieten.

Ein weiterer entscheidender Vorteil der Bodycam ist die Möglichkeit zur späteren Auswertung des Videomaterials. Dies ermöglicht nicht nur die genaue Rekonstruktion von Ereignissen, sondern auch eine kritische Selbstreflexion der Polizeiarbeit. Durch die Analyse des aufgezeichneten Materials können Polizeikräfte ihre Einsatzpraktiken kontinuierlich verbessern und somit auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheitskräfte stärken. >



© DPoIG Hessen



➤ **Gesetzesänderung nötig**

Um den Einsatz der Bodycam für die kommunalen Ordnungsbehörden zu ermöglichen, bedarf es jedoch einer Novelle des HSOG. Diese sollte klare Richtlinien und Regelungen für die Speicherung und Nutzung des aufgezeichneten Materials festlegen, um den Schutz der Persönlichkeitsrechte aller Beteiligten zu gewährleisten. Eine gesetzliche Grundlage, die den Einsatz der Bodycam bei der Stadtpolizei ermöglicht, würde nicht nur die Sicherheit der Bevölkerung erhöhen, sondern auch den Beamten eine zusätzliche Schutzmaßnahme bieten.

bereits in NRW bei den Ordnungsämtern gesammelt wurden, erscheint die Entscheidung für die Implementierung der Bodycam auch hierzulande als sinnvoll. Die Bodycam kann nicht nur die Sicherheit in allen Einsatzbereichen erhöhen, sondern auch zu einer erfolgreichen und sicheren polizeilichen Arbeit führen. Die zuständigen Entscheidungsträger sollten die Möglichkeit prüfen, im Rahmen einer HSOG-Novelle die Lücke zu schließen und die Einführung der Bodycam voranzutreiben. Dies würde nicht nur den Städten und Kommunen zugute kommen, sondern auch den Polizistinnen und Polizisten eine wertvolle Unterstützung bieten.

➤ **NRW kann Vorbild sein**

Angesichts der ausschließlich positiven Erfahrungen, welche

*Daniel Fischer,  
Fachverband Kommunal-  
und Stadtpolizei  
DPoIG Südhessen*

➤ **Polizei aus aller Welt**

**Einsatzfahrzeug der Bundesfinanzverwaltung (Zoll)**

➤ Modell: Mercedes Benz Vito lang 119 cdi

Der Zoll hat die Vollzugsaufgaben der Bundesfinanzverwaltung. Das abgebildete Fahrzeug in Polizeioptik ist mit Hoheitswappen auf den Türen und der Schriftzug www.ZOLL.de auf den Seiten, der Motorhaube und am Heck versehen.

Der Anhaltesignalgeber ist auf der Motorhaube verbaut, um im direkten Blickfeld des vorausfahrenden Fahrzeuges zu sein. Ein weiterer Signalgeber befindet sich hinter der Heckscheibe.

Ausgestattet ist das Einsatzfahrzeug mit Sondersignalanlagen der Firma Hänschel: Hänsch DBS 4000 als Balkenaufbau und Hänsch Comet LED im Bereich des Hecks.



© DPoIG Hessen

➤ **Kreisverband Mittelhessen**

**Neuer DPoIG-Vertrauensmann bei der Polizeistation Bad Vilbel**

Thomas Kunkel ist neuer DPoIG-Vertrauensmann für die Kolleginnen und Kollegen der Polizeistation Bad Vilbel. Er übernimmt das Amt von Armin Hartenfeller und steht den Kolleginnen und Kollegen bei allen Problemen hilfreich zur Seite.

Thomas Kunkel ist als Mitarbeiter der DEG der Polizeistation Bad Vilbel wie folgt erreichbar:

Thomas Kunkel  
Polizeistation Bad Vilbel  
Tel.: 06101.54606024  
Thomas.Kunkel@Polizei.Hessen.de



© DPoIG Hessen

➤ Thomas Kunkel (links) bekommt von Alexander Glunz seine Ernennungsurkunde als Vertrauensperson der DPoIG.

„Witzig“

„Wie hast du Silvester gefeiert?“  
„Keine Ahnung! Ich habe noch keine Fotos gesehen!“

„Zitiert“

Wenn's alte Jahr erfolgreich war, dann freue dich aufs neue. Und war es schlecht, ja dann erst recht.  
(Albert Einstein, Physiker, Nobelpreisträger)